

PRESSEMITTEILUNG 199 – 03.12.2025

Thomas Hölck

Steigende Nachfrage trifft auf ein immer geringer werdendes Angebot

Zu den heute vorgelegten Zahlen zur sozialen Wohnraumförderung erklärt der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hölck:

"Durch den Wegfall von sozial gefördertem Wohnraum wird sich in den kommenden Jahren die Lage am Wohnungsmarkt weiter zuspitzen. Zwischen 2026 und 2030 werden insgesamt 18.700 Wohnungen aus der Belegbindung fallen. Das bedeutet, dass bis zu 3.740 neue Wohnungen jährlich gebaut werden müssten, nur um diesen Verlust zu kompensieren. Die von der Ministerin angekündigten rund 1800 geförderten Wohnungen für das Jahr 2026 reichen also bei weitem nicht aus. Das heißt, dass wir bereits in einer Phase sind, in der der Wohnungsbedarf die verfügbaren Ressourcen weit übersteigt.

Aktuell stehen wir jedoch nicht nur vor dem Problem des Wegfalls von Sozialwohnungen. Hinzu kommt eine besorgniserregende Entwicklung in der staatlichen Förderung. Statt die Gelder für die Wohnraumförderung aufrechtzuerhalten, kürzt das Land noch die Mittel für das Zweckvermögen Wohnraumförderung.

Die Gewinne der Investitionsbank Schleswig-Holstein wären besser in den Wohnungsbau reinvestiert, anstatt mit ihnen den misslungenen Haushalt zu konsolidieren. Damit gehen wertvolle finanzielle Mittel, die zur Schaffung von Wohnraum beitragen könnten, verloren. Anstatt in langfristige Lösungen für die Wohnungsproblematik zu investieren, löst Schwarz-Grün lieber kurzfristige fiskalische Probleme.

Diese Entwicklung wird zu einem weiteren Anstieg der Mietpreise und einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit führen. Davon betroffen sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende oder Studierende. Gerade sie können sich oft keine marktüblichen Mieten mehr leisten. Wenn diese Landesregierung es nicht schafft, mehr sozialen Wohnraum zu schaffen, riskieren wir außerdem einen weiteren Anstieg der Obdachlosigkeit.

Der Wegfall von sozial gefördertem Wohnraum in Kombination mit den reduzierten Fördermitteln kann eine gefährliche Abwärtsspirale auslösen, die das soziale Gefüge unserer Gesellschaft erheblich gefährdet. Angesichts der steigenden Nachfrage und des begrenzten Angebots muss das Land jetzt handeln!"